Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

05.05.1987 - Drucksache 11/939

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/939

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. März 1987

Frau und Beruf

Der Senat wird um Auskunft gebeten:

1. Ist der Senat bereit, speziell für Mädchen informationstechnische Grundbildungskurse anzubieten, um deren Interesse an hochentwickelter Technologie zu wekken?

2. Wie wird die im Lande Bremen angebotene Berufsberatung von Mädchen und deren Eltern genutzt?

3. Welche Ausbildungsplätze wurden in den Jahren 1985/86 und 1986/87 getrennt nach Jungen und Mädchen angeboten

a) in der Wirtschaft,

b) im öffentlichen Dienst,

c) in staatlichen Maßnahmen,

und wie viele wurden durch Drittmittel und in welcher Höhe finanziert?

4. In welcher Weise fördert der Senat Maßnahmen in Betrieben und Verwaltungen, um die Kontakte zu Mitarbeiterinnen, die aus familiären Gründen ausgeschieden sind, zu erhalten und zu fördern?

5. In welcher Weise fördert der Senat Weiterbildungsmaßnahmen der Betriebe und Verwaltungen für ehemalige Mitarbeiterinnen, um ihre Chancen der Wiedereingliederung zu verbessern?

6. Welche Angebote gibt es im Bereich der Weiterbildung und Wiedereingliederung für Frauen, wie werden diese angenommen, und in welcher Weise wird bei diesen Angeboten auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Kindern Rücksicht genommen?

7. Wie hoch ist der Anteil der Frauen im Lande Bremen, die Teilzeitarbeit suchen, und wie hoch ist das Angebot?

8. Wie hoch ist der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst im Lande Bremen, die als Teilzeitkräfte beschäftigt sind?

9. Welche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden im Lande Bremen gezielt für Frauen angeboten, um den durch neue Technologien veränderten Qualifikationsanforderungen zu entsprechen?

10. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um das krasse Mißverhältnis zwischen der Anzahl der studierenden Frauen an den Hochschulen und der Universität im Lande Bremen und dem Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal, insbesondere im Bereich der Dozenten- und Professorenschaft, zu beseitigen?

11. Wie viele befristete Arbeitsplätze gibt es für Frauen im öffentlichen Dienst im Lande Bremen?

Roswitha Erlenwein, Neumann und Fraktion der CDU

Dazu

Antwort des Senats vom 5. Mai 1987

Zu 1.:

Der Senat beabsichtigt im schulischen Bereich derzeit nicht, speziell für Mädchen informationstechnische Grundbildungskurse anzubieten. Dies könnte zu einer unnötigen Isolierung der Mädchen führen. Wohl werden in den gemeinsamen Unterrichtsveranstaltungen die Belange der Mädchen im Sinne besonderer Interessenrichtungen, aber auch Hemmschwellen sorgfältig beobachtet und berücksichtigt. Ein kleiner Schritt zum Abbau bestehender Hemmschwellen wurde mit dem seit März d. J. am Schulzentrum Blumenthal begonnenen Modellversuch „Mädchen und Computer in hauswirtschaftlichen Ausbildungsfeldern" getan.

Obwohl der Bereich der Ausbildung nicht originäre Aufgabe des Weiterbildungsbereichs ist, leisten seit Beginn der 80er Jahre auch die mit Landesmitteln geförderten, nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen erhebliche Beiträge zum Abbau des betrieblichen Ausbildungsplatzdefizits. Zu diesen Beiträgen zählen auch grundqualifizierende Ausbildungsvorbereitungsmaßnahmen, gerade auch für Berufsfelder, die auf den Einsatz „hochentwickelter Technologien" orientiert sind.

Daß dabei in immer stärkerem Maße zielgruppenspezifische Maßnahmen für Frauen und Mädchen realisiert werden, haben alle im Landesbeirat für Weiterbildung vertretenen Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft in der Sitzung am 30. März 1987 (unter Bezugnahme auf die speziell zum Thema „Weiterbildung für Frauen" erarbeitete Vorlage 6/87) einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zu 2.:

Im Berichtszeitraum vom 1. Oktober 1985 bis zum 30. September 1986 betreute das Arbeitsamt Bremen 3905 männliche und 4764 weibliche Ausbildungsplatzbewerber, das Arbeitsamt Bremerhaven 1354 männliche und 1766 weibliche Ausbildungsplatzbewerber.

Der prozentuale Anteil der Mädchen mit in Bremen 55 %, in Bremerhaven mit 56,6 % aller Bewerber liegt damit über dem Bevölkerungsanteil.

Zu 3a:

Ausbildungsplätze müssen stets geschlechtsneutral angeboten werden, so daß Zahlen über das Ausbildungsplatzangebot für Mädchen nicht angegeben werden können.

In seinem IV. Berufsbildungsbericht Bremen hat der Senat unter den Abschnitten III. 2.1.2.3 (Kammerangaben) und III. 2.1.3 (Angaben aus der Berufsschulstatistik) Aussagen zur Beteiligung der Mädchen an der Berufsausbildung gemacht. Danach waren am 31. Dezember 1985 14 384 männliche und 9 973 weibliche Auszubildende bei den zuständigen Kammern im Lande Bremen registriert. Die Zahlen per 31. Dezember 1986 liegen noch nicht vor.

Zum Stichtag für die bundeseinheitliche Berufsschulstatistik im November 1986 waren 16 046 männliche und 11 678 weibliche Auszubildende in den bremischen Berufsschulen.

Da in den bremischen Berufsschulen auch Auszubildende des niedersächsischen Umlandes betreut werden, bremische Auszubildende aber auch nichtbremische Berufsschulen besuchen, läßt sich eine Identität zu den Zahlen der zuständigen Stellen im Lande Bremen nicht herstellen.

Von den zuständigen Stellen im Lande Bremen wurden per 30. September 1986 insgesamt 7 771 neu eingetragene betriebliche Ausbildungsverhältnisse gemeldet. Geschlechtsspezifische Daten liegen hierfür nicht vor.

Zu 3b:

Im Jahre 1985/86 wurden im öffentlichen Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen insgesamt 848 Ausbildungsplätze angeboten und besetzt, davon 233 mit männlichen und 615 mit weiblichen Auszubildenden.

Zum 1. August 1986 bzw. zum 1. September 1986 wurden in diesem Bereich insgesamt 857 Ausbildungsplätze angeboten, von denen 274 mit männlichen und 583 mit weiblichen Auszubildenden besetzt sind.

Genauere Angaben sind der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen.

Bei der Drittmittelfinanzierung der Ausbildungsplätze kommen im Bereich des öffentlichen Dienstes Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds und von der Bundesanstalt für Arbeit in Frage.

Von den im Jahre 1985 angebotenen Ausbildungsplätzen wurden 122 aus dem Europäischen Sozialfonds mit DM 227 817,— bezuschußt, aus den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit wurden 4 Ausbildungsplätze mit DM 37 910,40 teilfinanziert. Von den im Jahre 1986 angebotenen und besetzten Ausbildungsplätzen wurden 130 Plätze aus dem Europäischen Sozialfonds mit DM 337 793,— teilfinanziert. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt Zuschüsse für 15 von diesen Ausbildungsplätzen in der Höhe von DM 149 040,—.

Zu 3c:

Im schulischen Bereich wurden im November 1986 folgende Neuaufnahmen gezählt:

	Bremen		Bremerhaven	
	m	w	m	w
BGJ/s *)	465	280	184	88
BFS/q — 1. Jahr	116	231	—	13

Das BGJ/s ist in einem großen Teil aller BFS/q-Ausbildungsgänge gleichzeitig die Grundstufe des BFS/q.

*) incl. BGJOs des ÖD

Schulische Assistentenausbildungsgänge	104	137	—	—

Insgesamt wurden in den Jahren zwischen 1985 und 1987 im Rahmen der Jugendberufshilfe

248 Ausbildungsplätze gefördert.

Davon wurden vergeben:

148 Plätze an männliche,

100 Plätze an weibliche Auszubildende.

Ausbildungsberuf/ Art der Ausbildung	Einstellungen 1985 Ges.	m	w	1986 Ges.	m	w
1 Beamtenausbildung — allg. Verw. Dienst, Justizdienst, Steuerverw.						
1.1 mittlerer Dienst	36	19	17	24	17	7
1.2 gehobener Dienst	54	26	28	41	19	22
1.3 Einheitslaufbahn (Polizei/Feuerw.)	—			—		
Summe zu 1	90	45	45	65	36	29
2. Ausbildung in Berufen nach dem BBiG - Bremen -	404	123	281	435	167	268
3. Ausbildung in Heil- und Hilfsberufen						
3.1 Krankenpflege/ Krankenpflegehilfe	210	35	175	209	38	171
3.2 Med.-techn. Assistenberufe	48	—	48	48	7	41
4. Ausbildung in Berufen nach dem BBiG einschließlich der Heil- und Heilhilfsberufe in der Stadtgemeinde Bremerhaven	96	30	66	100	26	74
Gesamt	848	233	615	857	274	583

Alle Maßnahmen werden mit Drittmitteln und einem ergänzenden Pflegesatz der Jugendhilfe finanziert.

Davon werden in den Jahren 86/87 über die Jugendberufshilfe 71 Ausbildungsplätze gefördert. Es entfallen dabei 58 auf männliche und 13 auf weibliche Teilnehmer.

Außer den zu a) bis c) genannten Ausbildungsverhältnissen sind noch 1 110 außerbetriebliche Maßnahmen zu erwähnen, die in den Verantwortungsbereich der freien Träger fallen. Geschlechtsspezifische Daten liegen hierfür nicht vor.

Zu 4.:

Der Senat ist der Auffassung, daß die Erhaltung und Förderung von Kontakten zu Mitarbeiterinnen, die aus familiären Gründen ausgeschieden sind, nicht über staatliche Maßnahmen sinnvoll reguliert werden kann.

Soweit hier Probleme der beruflichen Wiedereingliederung angesprochen sein sollten, werden diese innerhalb der Fragen 5) und 6) beantwortet.

Zu 5. und 6.:

Die im Zusammenhang der Beantwortung von Frage 1) bereits erwähnte Vorlage 6/87 für den Landesbeirat für Weiterbildung macht deutlich, daß das Angebot der von der Landesregierung geförderten und nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen bereits jetzt schon unterschiedliche, frauenspezifische Maßnahmen enthält, die alle dem Erhalt und der Förderung einmal erworbener Qualifikationen dienen. Die Verstärkung dieses Maßnahmenbereichs ist in dem vom Senator für Arbeit 1986 vorgelegten und von den Fraktionen sowohl im Landesbeirat für Weiterbildung als auch in der Deputation für Arbeit einvernehmlich mitgetragenen Konzept der bremischen Qualifizierungsoffensive vorgesehen.

Die bereits erwähnte Vorlage 6/87 für den Landesbeirat für Weiterbildung belegt,

— daß die anerkannte Weiterbildung „Wiedereingliederungsmaßnahmen" sowohl für gewerblich-technische als auch für kaufmännisch-verwaltende Berufsfelder vorhält, und

— daß in Zielgruppenveranstaltungen für besonders benachteiligte Frauen bei den Maßnahmeträgern eine Kinderbetreuung organisiert ist.

Die wachsende Annahme der „Wiedereingliederungsmaßnahmen" auf Seiten der Frauen läßt erwarten, daß — wie die Qualifizierungsoffensive dies auch vorsieht — der Maßnahmebereich noch expandieren wird.

Alle beurlaubten Mitarbeiterinnen innerhalb des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen erhalten im Mai eines jeden Jahres ein Fortbildungsinformationsblatt, aus dem sie entnehmen können, was an zentralen beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst angeboten wird. Sofern eine der beurlaubten Mitarbeiterinnen Interesse an einer der angebotenen Veranstaltungen hat, kann sie sich für die angebotenen Veranstaltungen anmelden und wird bevorzugt zugelassen. Speziell wurde im zentralen Fortbildungsprogramm 1986/87 für beurlaubte Mitarbeiterinnen das Seminar „Wiedereinstieg in das Berufsleben" angeboten. Diese Veranstaltung konnte jedoch aufgrund der Anmeldelage (4 Anmeldungen) nicht durchgeführt werden. Sie wird jedoch in dem neuen Fortbildungsprogramm 1987/88 nochmals als Wochenseminar angeboten, und erstmalig wird auch die Kinderbetreuung für Kinder ab dem dritten Lebensjahr für die Teilnehmerinnen an der o. g. Veranstaltung sichergestellt.

Zu 7.:

Im Lande Bremen belief sich Ende März 1987 die Zahl der erwerbslos gemeldeten Frauen, die ausschließlich an einer Teilzeitarbeit interessiert sind, auf 3 683. Der Anteil der Frauen, die eine Teilzeitarbeit suchen, gemessen an der Zahl der erwerbslos gemeldeten Frauen betrug damit 21,1 %. Diesen Teilzeitarbeitslosen standen insgesamt 200 gemeldete offene Stellen gegenüber, d. h. rein rechnerisch lag hier die Relation Arbeitskräfteangebot zur Arbeitskräftenachfrage bei rd. 18:1.

Zu 8.:

Bezogen auf die Gesamtzahl aller Beschäftigten, beträgt der Anteil der Frauen, die als Teilzeitkräfte beschäftigt sind, rund 22 %.

Zu 9.:

Die im Lande Bremen durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen werden grundsätzlich geschlechtsneutral angeboten.

Dennoch zeichnet sich ab, daß die Mädchen — wie auch bei der betrieblichen Ausbildung — in gewerblich-technischen Ausbildungsgängen nur gering vertreten sind. Genaue Zahlen hierüber liegen allerdings nicht vor.

Die im Zusammenhang der Beantwortung der Fragen 1), 5) und 6) bereits erwähnte Vorlage 6/87 für den Landesbeirat für Weiterbildung stellt in ihrer Zusammenfassung u. a. fest:

„a) Unter allen Weiterbildungsteilnehmern dominieren die Frauen mit einem Anteil von 58 % gegenüber den Männern mit einem Anteil von 42 %,

b) 10 % des Gesamtangebots der Weiterbildung wendet sich explizit an die Zielgruppe Frauen,

c) Frauen sind in Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung kaum schwächer repräsentiert (39 %), als es ihrem Anteil in der arbeitslosen Arbeitnehmerschaft entspricht (41 %)."

Innerhalb ihres Gesamtangebots an beruflicher Qualifizierung (also über Ausbildung und Fortbildung hinausgehend und auch die Umschulung miteinbeziehend) verstärkt die anerkannte Weiterbildung seit Jahren jene Maßnahmefelder, die den „durch neue Technologien veränderten Qualifikationsanforderungen .... entsprechen". Dies betrifft sowohl die an Frauen **und** Männer adressierten Veranstaltungen als auch die speziell an Frauen adressierten Veranstaltungen. Im letztgenannten Fall sind dies (vgl. Vorlage 6/87 für den Landesbeirat für Weiterbildung) vor allem Veranstaltungen, in denen Frauen für technologisch innovative Büro-, Informations- und Kommunikationstechniken qualifiziert werden.

Spezielle berufliche Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen im Bereich Neue Technologien werden im Rahmen der zentralen Weiterbildungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst nicht angeboten, da die angebotenen Veranstaltungen auf dem Gebiet der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien allen interessierten Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen offenstehen.

Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß an den im öffentlichen Dienst zentral angebotenen Veranstaltungen in den letzten beiden Fortbildungsprogrammen ca. 60 bzw. 65 % aller Veranstaltungsteilnehmer Frauen waren.

Zu 10.:

Der Anteil der studierenden Frauen an den bremischen Hochschulen ist stetig gestiegen. Er betrug bei der Universität vor zehn Jahren 38 % und hat im laufenden Wintersemester 1986/87 mehr als 44 % erreicht. Aufgrund der anderen Fächerstruktur ist bei den bremischen Fachhochschulen der Anteil der weiblichen Studenten zwar geringer; er hat sich aber ebenfalls in den letzten zehn Jahren um mehr als 6 % auf gegenwärtig ca. 30 % erhöht. Damit liegt der Anteil der studierenden Frauen in Bremen über dem Bundesdurchschnitt. Die weitere Öffnung der Hochschulen in den kommenden Jahren wird diese positive Entwicklung fortsetzen.

Entsprechend der Entwicklung des Frauenanteils beim Studium hat auch die Zahl der Frauen in einer Reihe von Berufen, die ein Hochschulstudium voraussetzen, gleichfalls zugenommen. Nach wie vor sind aber die Frauen unter dem wissenschaftlichen Personal an Hochschulen, insbesondere bei den Professoren, stark unterrepräsentiert. Dieser bundesweit zu beklagenden Situation soll durch gezielte Förderungsmaßnahmen begegnet werden, wie z. B. durch den Einsatz von Frauenbeauftragten und durch den Abbau von bestehenden Erschwerungen für die Berufstätigkeit.

Die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen an Hochschulen kann nicht allein durch den Erlaß formaler staatlicher Vorschriften erreicht werden; sie muß in erster Linie von allen Hochschulangehörigen getragen werden. Deshalb sollten neben staatliche Vorgaben gemeinsame Bemühungen zur Erreichung der Ziele treten. Gegenwärtig läuft ein Abstimmungsverfahren über vom Akademischen Senat der Universität Bremen beschlossene Richtlinien zur Anhebung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen Personal.

Zu 11.:

Nach dem Stand 1. April 1987 befinden sich 566 Frauen in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Druck: Anker-Druck Bremen